Schönwalde 30.10.2025

Aus Facebook aktuell auf der Seite Transparent für Schönwalde

Von Lothar Schleede

Grundsteuererhöhung für die Schönwalder Bürger!

Unser Bürgermeister B. Oehme und unsere Gemeindekämmerin ziehen doch wirklich ernsthaft in Erwägung die Hebesätze der Grundsteuer für uns Schönwalder Bürger nochmals zu erhöhen.

In der Beschlussvorlage des Bürgermeister Nr.: DR 118/2025 heißt es: Zitat: „Die gegenwärtige und für 2026 zu erwartende finanzielle Situation der Gemeinde macht eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B erforderlich“

In der letzten GVV am 16.10.25 bekräftigte Oehme nochmals sinngemäß mit seinem Argument, dass der Hebesatz der Grundsteuer in Brandenburg im Bundesdurchschnitt sehr niedrig wären und man deshalb nochmals darüber reden müsse.

Während man uns Normalbürger wieder einmal so dreist abzocken möchte, verzichtet man an andere Stelle in der für Schönwalde so üblichen Klientelpolitik auf Steuereinnahmen.

Dazu empfehle ich die Lektüre meines Gastbeitrages vom 22.01.2025 auf der

WEB Seite der Bürger f. Schönwalde.

https://buerger-fuer-schoenwalde-glien.de/.../240122_LS.pdf

Kleiner Nachtrag dazu.

Der Finanzausschuss hat in Sitzung am 29.09.2025 mit den Stimmen von CDU und AfD mehrheitlich empfohlen, den jetzigen Hebesatz beizubehalten und haben damit zu Recht Oehme eine gehörige Abfuhr erteilt.

Das entscheidende Gremium sind die Gemeindevertreter mit dem stimmberechtigten Bürgermeister. Da bin ich jetzt schon gespannt!

Kommentar Arthur Müller (öffentlich)

Ich stimme Herrn Schleede völlig zu:

Die geplante Erhöhung der Grundsteuer in Schönwalde-Glien ist nicht das Ergebnis einer „Pflichtaufgabe“ oder einer plötzlichen Finanznot, sondern das direkte Resultat jahrelanger Misswirtschaft von Bürgermeister Oehme und dem Gemeinderat.

Wer heute höhere Steuern fordert, sollte zuerst erklären, wo das Geld der letzten Jahre geblieben ist:

beim Strandbad-Debakel mit jahrelanger Verzögerung und explodierenden Kosten,

beim nicht endenden Altenheim-Projekt, das immer noch keine klare Wirtschaftlichkeitsrechnung hat,

bei Feuerwehr- und Straßenprojekten, die ohne Priorisierung oder Gegenfinanzierung beschlossen wurden und

bei einer Verwaltung, die jährlich mehr Personal und höhere Ausgaben veranschlagt, ohne sichtbare Verbesserungen für die Bürger.

Diese Fehlentscheidungen wurden nicht vom Bürger, sondern vom Bürgermeister und der Mehrheit des Gemeinderats zu verantworten.

Und jetzt sollen genau diese Bürger die Zeche zahlen – durch eine höhere Grundsteuer.

Das ist keine Haushaltskonsolidierung, das ist politische Bequemlichkeit auf Kosten der Steuerzahler.

Bevor die Gemeinde über höhere Steuern entscheidet, muss sie endlich Rechenschaft ablegen:

Wie konnte es so weit kommen? Wer hat zugestimmt?

Und wer übernimmt die Verantwortung für das finanzielle Chaos, das jetzt auf die Bürger abgewälzt wird?

Kommentar Wolfgang Wank

Das ist gut, dass das endlich einmal klar formuliert wird.

Das mit der Rechenschaft und der jeweiligen Zustimmungen speziell zu den Haushalten finde ich besonders spannend, denn Ist-Zahlen über die finanzielle Entwicklung der Gemeinde, vor den jeweiligen Zustimmungen, hat es nicht gegeben.

Man nennt es auch betriebswirtschaftlichen Blindflug auf Kosten der Steuerzahler. Welche Intension speziell die Abgeordneten der CDU getrieben haben, da kann man nur spekulieren. Kompetenz sieht anders aus.

Danke ihnen beiden!!